



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 24. April 2014 im Mühle- mattsaal in Trimbach, Beginn 19.30 – 21.55 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 86, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 44

Gäste: 9

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Dieter Ulrich

Kantonsratsfraktion: Markus Ammann, Peter Schafer, Simon Bürki, Chris-
tine Bigolin, Simon Esslinger, Urs von Lerber

Rechnungsprüfungskommission: Thomas Marbet, Fatma Tekol, Simon Bürki

Fachausschuss: Reiner Bernath, Thomas Flückiger

Schiedskommission: -

StimmenzählerInnen: Marlise Oegerli, Fritz Dietiker, Luzia Stocker, Andreas
Bühlmann

Sektionen: Zuchwil, Recherswil

Geschäftsliste

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages
2. Bestellung des Wahlbüros
3. Genehmigung der Geschäftsliste
4. Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 16. Januar 2014
5. Genehmigung der Jahresrechnung 2013 (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)
6. Genehmigung des Berichts der RPK (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)
7. Genehmigung der Zweijahresberichte (Art. 16 Abs.2 Punkt 4a)
 - ▶ des Parteipräsidiums
 - ▶ der Kantonsratsfraktion
 - ▶ der Fachausschüsse
 - ▶ der Beschwerde- und Schiedskommission
 - ▶ des Parteisekretariats
8. Beitragsleistung an die Kantonalpartei (Art.16 Abs.4b)
 - ▶ Antrag unverändert Fr. 24.00
9. Wahlen (Art.16 Abs.2 Punkt 2 a bis e)
 - ▶ des Parteipräsidium
 - ▶ der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL)
 - ▶ der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
 - ▶ der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
 - ▶ der Delegierten für die DV der SPS
10. Wahl- und Abstimmungsreglement (intern)
 - ▶ Teilrevision (Anpassung an heutige Gegebenheiten)
11. Parolenfassung für die kant. Abstimmungen vom 18. Mai
 - ▶ Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage
Pro: Edwin Loncar, Mitglied der Geschäftsleitung
Kontra:Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin aus Biberist
 - ▶ KV: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung

Kantonaler Parteitag, 24. April 2014

- Pro: Fabian Müller, Kantonsrat aus Balsthal
- ▶ Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
Referent: Mathias Stricker, Kantonsrat aus Bettlach
12. Informationen zu den nationalen Vorlagen
- ▶ BG: Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen Luisa Jakob, GR
 - ▶ VI: „Für den Schutz fairer Löhne“ Philipp Hadorn, NR
 - ▶ VI: „Berufsverbot für Pädophile“ Roberto Zanetti, SR
 - ▶ BB: „medizinische Grundversorgung“ Bea Heim, NR
13. Varia

1. Eröffnung des Parteitages

Franziska Roth begrüsst Bea Heim (NR), Philipp Hadorn (NR), Roberto Zanetti (SR), Peter Gomm (Landammann) (der etwas später kommt), alle Delegierten und Ueli Wild (OT) von der Presse zum Parteitag in Trimbach und übergibt das Wort dem SP Gemeindepräsidentin und Kantonsrat – Karl Tanner.

Karl Tanner: Liebe Sozialdemokratinnen, liebe Sozialdemokraten, herzlich Willkommen hier im Mühlemattsaal in Trimbach, in einer der interessantesten Gemeinde im Kanton. Ich begrüsse Euch hier in einer Doppelfunktion, als SP Gemeindepräsident und als Vizepräsident der SP Sektion Trimbach. Die SP Trimbach ist eine starke Sektion, sie stellt bereits den dritten Gemeindepräsident hintereinander (seit 24 Jahren): Ernst Gomm, Martin Straumann und zurzeit ich. Die Gemeinde ist vielen bekannt, sie ist mit dem Hauenstein ein wichtiges Passdorf und historisch ein Eisenbahnerdorf (Bahnhof Olten mit ihren Werkstätten), die die zahlreichen Arbeiter früher noch mit einer Fähre über die Aare an ihre Arbeitsorte gebracht hat. Die ist mit ein Grund warum die SP in Trimbach historisch bedingt noch heute einen sehr hohen Wähleranteil hat (GR-Wahlen 2013 40%). Wir sind eine sehr offene Gemeinde mit guten Anschlussmöglichkeiten, haben ein aktives Vereinsleben und zahlreiche kulturelle Angebote. Trimbach bietet alles für eine



attraktive Gemeinde: Naherholungsgebiet, Schulen, Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten und selbst das Kantonsspital ist zur Hälfte auf Trimbacher Boden. Dies war eine kurze Werbung für das Dorf und die Partei.

All jene Anwesende die ihrer Partnerin oder ihrem Partner diese Woche noch keine Blumen nach Hause gebracht haben, sind eingeladen dies heute noch nachzuholen. Dies ist mit dem heutigen Blumenschmuck auf den Tischen möglich. Für Fr. 5.- pro Topf ist man dabei.

Wir freuen uns dass ihr bei uns seit und wünschen euch einen schönen Parteitag hier im Mühlemattsaal.

Applaus.

Franziska Roth bedankt sich bei Karl Tanner für die Begrüßungsworte.

Franziska Roth, Parteipräsidentin: (Eröffnungsrede)

Am Feuer auf der Ruine Balm bei der Sektion Unterleberberg, beim Bezirk Bucheggberg in Messen, Rodersdorf, Kappel, Zuchwil, Derendingen, Grenchen, Bellach, Gerlafingen, Lostorf, Olten, Deitingen, Langendorf, Oensingen, Lohn, Halten, in ein paar Tagen Balsthal und ebenso in Vorbereitung ist Dulliken, sicher im November in Wangen bei Olten und auch mit Bettlach bin ich am Suchen! Als mich Eveline aufforderte, keine halben Sachen zu machen und das Parteipräsidium zu übernehmen, habe ich erwähnt, dass mit viel Freude und Lust alle Sektionen besuchen will! Ein guter Freund meinte kurz nach meiner Ansprache in Grenchen: Im Rede bisch jo guet Rosso, aber jetz muesch de seckle, wenn so düre Kanton wotsch reise! Und erst kürzlich sagte mir eine Genossin, als ich ihr aufzählte wo ich schon überall war und wo ich demnächst noch hingeh: Auso für di würd sich 1 Gripe lohne! Ich habe dann angefügt: Nein ei, ig nime de lieber es Militärvelo! Liebe Genossinnen und Genossen: Ich muss nicht seckle und es war bei keiner Sektion eine Stippvisite mit schnellem oder gar Französischem Abgang! Nach immer herzlichen Empfängen, angeregten Diskussionen, humorvollen Gesprächen wurde ich stets noch mit etwas Feinem verwöhnt! Es ist schön bei euch zu sein und ihr habt meinen vollen Respekt für eure unermüdliche Arbeit in den Sektionen! In meinem Jahresbericht rede ich von Sachen! Ihr liebe Genossinnen und Genossen, ihr macht eure Sachen bestens! Dank euch weiss ich, Geselligkeit und Diskussion schliessen sich bei uns Roten nicht aus. Im Gespräch mit euch erfahre ich wo der Hase im Pfeffer liegt oder der Hund begraben ist. Eurer Arbeit ist es zu verdanken, dass wir eine starke Kantonalpartei sind! Euer Einsatz zu Gunsten eines Spielplatzes auf dem Dorfplatz, Tempo 30 durch eure Quartiere, zum Schutz des Ortsbilds eures Dorfes, für sicher Schulwegen, für eine Integration von Migrantinnen aus dem Quartier die diesen Namen verdient oder einfach nur für mehr Geld für die neuen Multimediaanlage im Schulhaus. Ich höre euch an euren Versammlungen, zu denen ich als Gast kommen darf wirklich sehr gerne zu. Ich bin Feuer und Flamme, wenn ich euren Kommissionsmitglieder beim „Futtere“ über zum Beispiel die Anschaffung von Material für den Werkhof und dieses im Ausland bestellt wird, statt bei den regionalen

Betrieben, über die versuchte Ausgabenkürzung bei der Spitex oder einfach nur über die Idee anderer Kommissionsmitglieder, dass man den Beitrag an die Schulreisen und Skilager zu Gunsten des Steuerfusses streichen soll. Und ich bin glücklich, wenn ich erfahre, dass all diese Kommissionsmitglieder diesen Einsatz aus tiefster Überzeugung in ihrem Dorf zu Gunsten der Allgemeinheit und somit für alle statt für wenige leisten. Ich will aber nicht alles Schönreden. Es gibt auch die eine oder andere Sektion mit Schwierigkeiten, mit Menschen, die stets willens sind, nicht nur den Puls der Basis zu fühlen, sondern den ihrer



Sektion am Abflachen zu hindern. Es gibt Genossinnen und Genossen, die Nik schreiben, dass sie mit ihrem Latein am Ende sind. Dort wo Früchte entstehen, kann ab und zu auch mal der Wurm drin sein. Das gehört dazu. Wichtig ist aber, dass man nicht den ganzen Apfel oder die halbe Birne wegschmeisst, sondern mit gezielter Hilfe zum Beispiel von der Kantonalpartei die Struktur der Frucht zu erhalten versucht, nicht nachlasst und dennoch Anlässe organisiert! Wir sind für euch da! Wir brauchen eure ganzen Sachen und darauf müssen wir im Kanton, darauf muss ich als Präsidentin bauen! Doch ich weiss, auch in den wenigen Sektionen wo im Moment Probleme anstehen vertreten alle dennoch und mit Engagement unseren drei Grundwerten Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. Ihr lebt das, was ich mit Willy Brandts Worten

im Jahresbericht erwähnte: Sozialdemokratie ist eine dauernde Aufgabe Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihr zu bewähren. Dies und die Solidarität sind der geistige, politische Boden auf dem allein unsere Sozialdemokratie gedeihen kann. Wir brauchen euch und ihr dürft auf uns zählen!

Heute haben wir einiges zu debattieren, heute haben wir viel zu reden! Ich freue mich auf eine angeregte Debatte und überlasse im Anschluss das Wort zu den 7 Abstimmungsvorlagen den engagierten Mitgliedern aus dem kantonalen und nationalen Parlament! Ich freue mich, heute wieder zu zeigen, dass ich Als wäre es die schönste Nebensache der Welt, arbeite ich mit ungebrochener Lust und Freude am Kleinen zusammen mit euch politisieren darf.

Der Parteitag ist eröffnet. Applaus.

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

Als Stimmenzähler/in sind vorgeschlagen:

Marlise Oegerli, Fritz Dietiker, Luzia Stocker, Andreas Bühlmann

Beschluss: Die Stimmenzähler/innen werden einstimmig gewählt.

Applaus.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Franziska Roth stellt die rechtzeitig zugestellte Geschäftsliste zur Diskussion.
(Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 24. April 2014

4. Genehmigung Protokoll vom 16. Januar 2014 in Oensingen

Franziska Roth stellt das Protokoll zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 16. Januar 2014 in Oensingen.

Franziska Roth bedankt sich beim Parteisekretär für das Protokoll.

5. Genehmigung der Jahresrechnung 2013 (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)

Franziska Roth erteilt Patricia Kofmehl für die Präsentation der Jahresrechnung und der Bilanz das Wort.

Patricia Kofmehl, Sachbearbeitung Buchhaltung

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste. Gerne präsentiere ich euch die Jahresrechnung 2013.

Erfolgsrechnung vom 1. Januar 2013 – 31. Dezember 2013

Ertrag	2012	2013
Erträge Mitglieder und Sektionen	143'138	137'346
Debitorenverluste	-3'363	-718
Solidaritätsbeiträge	187'009	183'704
Mandatsabgaben	32'000	32'000
Spenden	18'812	4'617
Wahlbeiträge Amteien und Kandidierende	18'973	38'398
Fundraising SP Schweiz	13'167	6'645
Parteientschädigung KR-Fraktion	41'500	38'500
Sitzungsgelder KR-Fraktion	9'364	8'645
Beitrag Fraktion an Verwaltungsaufwand	2'000	2'000
Ausserordentlicher Ertrag	222	2'832
Total	434'087	453'969

Anstatt mit einem budgetierten Minus von Fr. 15'020.00, konnte die Rechnung mit einem Minus von Fr. 9'003.12 abgeschlossen werden. Auf der Einnahmenseite ist ein leichter Rückgang bei den Soli- und den Mitgliederbeiträgen festzustellen. Diese Entwicklung ist auf den Netto Mitgliederrückgang zurückzuführen. Die Mitgliederentwicklung (mehr Neueintritte als Austritte) wird jedoch durch die zahlreichen Todesfälle negativ beeinflusst. Der Verlust von 2 Kantonsratsmandaten schlägt ebenfalls negativ zu Buche. Die Fraktionsentschädigung durch den Kanton hat sich entsprechend verringert. Infolge Konkurses eines Untermieters (italienische Rechtsberatung) sind auch dessen Einnahmen leicht zurückgegangen. Dank solider Liquidität, konnte bei der Bezahlung der Mitgliederbeiträge an die SPS wiederum über Fr. 2'000.00 Skonti abgezogen werden. Auf der Ausgabenseite hat sich der Verzicht einer Teilnahme am 2. Wahlgang der RR-Wahlen positiv ausgewirkt und die Spenden waren höher als budgetiert. Der Personalaufwand war infolge Lohn- und befristeter Pense-

Kantonaler Parteitag, 24. April 2014

nerhöhung (20%), resp. unbefristeter (10%) und dadurch auch die Sozialleistungen, entsprechend höher. Der Verwaltungsaufwand konnte, wie in den vorangehenden Jahren, wiederum gesenkt werden. Aus finanziellen Gründen konnte im Jahr 2013 bei der SPS kein Gesuch für ein politisches Projekt eingereicht werden. Dies wird im Jahr 2014 wieder möglich sein und die Einnahmen aus dem Fundraising wieder doppelt so hoch ausfallen.

Aufwand	2012	2013
Abstimmungen	3'084	493
Wahlen	55'417	139'377
Politische Arbeit inkl. Werbung und Inserate	26'301	22'913
Mitgliederbeiträge an SP-Schweiz	111'520	109'040
Personalaufwand	125'760	144'117
Mietaufwand, Energie	15'868	16'526
Büro- und Verwaltungsaufwand, Unterhalt, Versicherung	23'139	20'378
Beitrag an Fraktion	7'500	7'500
Abschreibungen	4'800	2'676
Total Aufwand	373'389	463'020
Rückstellungen/Reserven	60'000	0
Jahresergebnis	29'433	-9003
Total	462'822	463'020

Bilanz per 31. Dezember 2013

Umlaufvermögen	2012	2013
Flüssige Mittel	100'255	89'543
Forderungen / Debitoren	49'298	22'772
Transitorische Aktiven	1'877	0
Anlagevermögen		
Mobile Sachanlagen	4'914	2'676
Total Aktiven	156'344	114'991

Finanzverbindlichkeiten	2012	2013
Kreditoren	10'229	6'725
Passive Abgrenzung		
Rückstellungen	60'000	60'000
Transitorische Passiven	29'828	981
Vereinskapital		
Eigenkapital	26'854	56'287
Jahresergebnis (Verlust/Gewinn)	29'433	-9'003
Vereinskapital nach Verlust/Gewinn	56'287	47'284
Total Passiven	156'344	114'990

Das Ziel in diesem Jahr wird sein, genügend Reserven für die bevorstehenden Wahlen im Jahr 2015 aufzubauen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich für die Treue und alle Zuwendungen im Namen der Geschäftsleitung ganz herzlich bedanken.

Applaus.

Franziska Roth bedankt sich bei Patricia für ihre erste Präsentation der Jahresrechnung seit ihrem Stellenantritt.

Antrag der Geschäftsleitung: Zustimmung zur Jahresrechnung

Diskussion:

Hans Rohn, eigentlich müsste der Bericht der RPK zuerst verlesen werden, denn dieser ist der wichtigste Beweis dafür, dass die Rechnungsführung korrekt ist. Danach ist über die Rechnung zu befinden. **Franziska Roth**, ich habe mich erkundigt und das hier vorgeschlagene Vorgehen ist korrekt. Aber wir werden dies nochmals prüfen und bei Bedarf das nächste Mal das Vorgehen anpassen.

Beschluss: Die Delegierten stimmen der Jahresrechnung 2013 der SP Kanton Solothurn einstimmig zu.
--

6. Genehmigung des Berichts der RPK (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)

Für das Verlesen des RPK-Berichts erteilt Franziska Roth dem RPK-Mitglied Thomas Marbet das Wort.

Thomas Marbet

Die Rechnungsprüfungskommission hat am 10 März 2014 die Rechnung geprüft und die Buchhaltung kontrolliert. Wir haben Stichproben gemacht und Fragen gestellt. Das Ergebnis ist eindeutig, die Buchhaltung ist korrekt und vollständig. Ich bedanke mich auch bei den anderen Mitgliedern Fatma Tekol, Simon Bürki und beim Verantwortlichen für die Finanzen innerhalb der GL, Philipp Hadorn für die gute Zusammenarbeit und die fachliche Unterstützung. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Bea Widmer Strähl, der Vorgängerin von Patricia, sowie natürlich Patricia Kofmehl für ihre Arbeit während dem ganzen Jahr.

Bericht der Rechnungsprüfungskommission 2013 vom 10. März 2014

Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellen fest, dass die Buchhaltung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn des Jahres 2013 vollständig, übersichtlich und sauber geführt wurde. Die von der RPK geprüften Belege sind lückenlos vorhanden und stimmten mit den Buchungen überein.

Der Aufwandüberschuss beläuft sich auf CHF 9'003.12, das Vereinskaptal per 31.12.2013 beträgt CHF 47'284.22

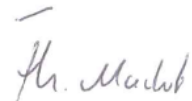
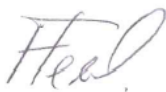
Die von der RPK durchgeführte Rechnungsprüfung lässt darauf schliessen, dass die gesamte Buchführung korrekt ist und den Grundsätzen der Buchhaltung entspricht. Deshalb empfehlen wir dem Parteitag, die Jahresrechnung 2013 zu genehmigen und die Rechnungsführerin und den Rechnungsführer zu entlasten.

Die Rechnungsprüfungskommission

Fatma Tekol

Simon Bürki

Thomas Marbet



Antrag der Geschäftsleitung: Zustimmung zum Bericht der RPK vom 10. März 2014

Beschluss: Die Delegierten stimmen dem Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 10. März 2014 einstimmig zu.
--

Franziska Roth bedankt sich für die korrekte Arbeit bei der Rechnungsführung. Applaus.

7. **Genehmigung der Zweijahresberichte (Art. 16 Abs.2 Punkt 4a)**

- ▶ des Parteipräsidiums
- ▶ der Kantonsratsfraktion
- ▶ der Fachausschüsse
- ▶ der Beschwerde- und Schiedskommission
- ▶ des Parteisekretariats

Hardy Jäggi: Alle zwei Jahre werden die Rechenschaftsberichte erstellt. Diese sind auf der Homepage aufgeschaltet, konnten auf dem Sekretariat bestellt werden und liegen heute in gedruckter Form auf.

Diskussion: keine Wortbegehren

Antrag der Geschäftsleitung: Genehmigung der Zweijahresberichte

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Zweijahresberichte.

Hardy Jäggi spricht allen Autorinnen und Autoren den grossen Dank aus.

Applaus

8. **Beitragsleistung an die Kantonalpartei (Art.16 Abs.4b)**

- ▶ Antrag unverändert Fr. 24.00

Franziska Roth: die Partei ist der Meinung den Mitgliederbeitrag für die nächsten zwei Jahre bei Fr. 24.00 zu belassen.

Diskussion: keine Wortbegehren

Antrag der Geschäftsleitung: Mitgliederbeitrag 2015-2016 für Erwerbstätige unverändert bei Fr. 24.00 belassen

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig den Mitgliederbeitrag für die Jahre 2015 und 2016 von Fr. 24.00 pro Jahr

9. **Wahlen (Art.16 Abs.2 Punkt 2 a bis e)**

- ▶ des Parteipräsidium
- ▶ der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL)
- ▶ der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
- ▶ der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)

- ▶ der Delegierten für die DV der SPS

Wahl Präsidium:

Hardy Jäggi: Franziska Roth ist seit zwei Jahren Präsidentin und sie hat nicht demissioniert. Demnach möchte sie erfreulicherweise die Amtsdauer erneuern und der Partei für weitere zwei Jahre vorstehen. Dies ist eine sehr erfreuliche Nachricht, die Zusammenarbeit ist hervorragend und die SP ist stolz dass Fränzi das Schiff weiterhin führen will. Der guten Ordnung halber frage ich trotzdem an, stellt sich jemand aus dem Saal für das Amt zur Verfügung?

Keine Saalkandidatur.

Beschluss: Franziska Roth wird von den Delegierten einstimmig für zwei Jahre als Parteipräsidentin der SP Kanton Solothurn wiedergewählt.

Applaus. Hardy Jäggi überreicht Fränzi einen Blumenstrauss und eine Flasche roten Wein.

Franziska Roth: liebe Genossinnen und Genossen, ich mache es wirklich gerne. Wäre dies nicht der Fall, würde ich es mitteilen. Ich freue mich mit euch auf die kommende Zeit als wiedergewählte Präsidentin und danke vielmals für die Wahl und das grosse Vertrauen.

Weitere Wahlen:

Geschäftsleitung (alle bisher): Hardy Jäggi (VP), Fränzi Burkhalter-Rohner (Fraktion), René Umher + Irene Meier (Dorneck-Thierstein), Dieter Ulrich + Edwin Loncar (Olten-Gösgen), Daniela Gerspacher (Thal-Gäu), Max Schmid (Bucheggberg), Mathias Stricker Solothurn-Lebern, Matthias Enggist (Juso), Peter Gomm (Regierungsrat), Roberto Zanetti (Ständerat), Bea Heim + Philipp Hadorn (Nationalrat)

Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol, Thomas Marbet, Simon Bürki

Beschwerde- und Schiedskommission: Evelyn Borer, Lisbeth Hartmann, Roland Walter

Delegierten der SPS: Hermann Fenzel, Joel Mussilier, Urs Huber, Trudi Stadelmann, Bea Widmer Strähl, Fritz Dietiker, Daniela Gerspacher, Christoph Heinrichs, Irene Meier-Reber, Walter Uebelhart, Bruno Affolter, Han van der Kleij, Yves Fankhauser

Koordinationskonferenz (sind auch Delegierte): Franziska Roth, Hardy Jäggi, Niklaus Wepfer

Beschluss: Die Geschäftsleitung und die weiteren Mitglieder genannter Gremien werden einstimmig für weitere zwei Jahre wiedergewählt.

Applaus

10. Wahl- und Abstimmungsreglement (intern)

- ▶ Teilrevision (Anpassung an heutige Gegebenheiten)

Niklaus Wepfer: Liebe Genossinnen und Genossen, das heute noch gültige interne Wahl- und Abstimmungsreglement stammt aus dem Jahr 1985 und wurde 1993 redaktionell überarbeitet. Das Alter eines Reglements allein macht, eine Revision natürlich noch nicht notwendig, aber interne Statutenänderungen, die Überarbeitung des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte, bei dem auch die SP an der Vernehmlassung teilgenommen hat, die Präzisierung der Berechnung des absoluten Mehr und klarere Bestimmung im Vorgehen bei der Nomination wenn mehr Kandidierende zur Verfügung stehen als Stellen zu besetzen sind. Dies alles macht eine leichte Überarbeitung notwendig.

Niklaus Wepfer stellt die Anpassungen gemäss Tischvorlage vor und begründet diese.

Diskussion: kein Wortbegehren

Antrag der Geschäftsleitung: Zustimmung zum angepassten Abstimmungs- und Wahlreglement.

Beschluss: Die Delegierten stimmen dem Wahl- und Abstimmungsreglement der SP Kanton Solothurn bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen grossmehrheitlich zu.

Das alte und das neue Reglement liegen als Beilage dem Protokoll bei.

11. Parolenfassung für die kant. Abstimmungen vom 18. Mai

- ▶ Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage
Pro: Edwin Loncar, Mitglied der Geschäftsleitung
Kontra: Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin aus Biberist
- ▶ KV: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung
Pro: Fabian Müller, Kantonsrat aus Balsthal
- ▶ Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
Referent: Mathias Stricker, Kantonsrat aus Bettlach

Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage

Franziska Roth erteilt Edwin Loncar als **Befürworter** des neuen Ruhetagsgesetzes für seine Stellungnahme das Wort.

Edwin Loncar, GL-Mitglied, Obergösgen

Sehr verehrte Anwesende, es freut mich einmal zu einem kontroversen Thema sprechen zu dürfen. So gesehen werde schätzungsweise 50% aller hier Anwesenden gegen mich haben. Das Thema ist durchaus komplexer als bisher angenommen.

Das Ruhetagsgesetz definiert die Ruhetage (Sonntage, Feiertage und die hohen Feiertage), die Verbote und welche Aktivitäten erlaubt sind. Jetzt liegt eine Totalrevision vor, welche das total veraltete Gesetz aus den 60-er Jahren der heutigen Zeit anpassen möchte. Aus den unterschiedlichsten Gründen wird die Revision auch aus unterschiedlichsten Kreisen unterstützt. Für mich ist die Abschaffung des Tanzverbots der wichtigste Grund für meine Zustimmung. Ob man es glaubt oder nicht, es ist tatsächlich so, dass an hohen Feiertagen keine Anlässe erlaubt, die zum tanzen animieren. Ebenso sind Kino und Kon-



zerte nach altem Gesetz verboten. Ausgenommen sind Veranstaltungen mit „ernstem Charakter“. Mit dem neuen Gesetz sollen Sportveranstaltungen, Schiessübungen, Umzüge und das Fliegen mit Sportflugzeugen erlaubt werden. Ganz wichtig ist aber, dass auch weiterhin an Sonntagen und Feiertagen Tätigkeiten verboten bleiben, welche die öffentliche Ruhe stören. Zudem gibt es Anpassungen an das Bundesrecht, sowie auch sprachlicher Natur. Der umstrittenste Punkt ist die Herabstufung des Bettags als hoher Feiertag zu einem normalen Feiertag. Soweit zur Faktenlage.

In einer modernen Gesellschaft soll es kein Tanzverbot geben, dies ist nicht mehr zeitgemäss. Die Zeit sollte vorbei sein, in der man den Menschen vorschreibt, wie man eine Feiertag zu begehen hat oder wie eben nicht. Mit geht es auch nicht darum den Konsumwahn zu fördern. Nein, mir geht es lediglich darum, dass jeder Mensch seinen Sonntag oder Feiertag so gestalten

soll und darf, wie ihm genehm ist. Natürlich immer unter der Voraussetzung dass die Bedürfnisse Anderer nicht eingeschränkt werden. Der Betttag wurde 1848 zur Gründungszeit der Schweiz eingeführt, dies zur Erinnerung an den überwundenen Sonderbundkrieg mit über 250'000 Toten. Daraufhin hat der Staat zur Versöhnung den Konfessionen vorgeschrieben, jeden 3. Sonntag im September einen gemeinsamen Feiertag zu begehen. Es handelt sich also nicht um einen religiösen Feiertag, sondern um einen politischen. Heute ist es aber so, dass der Sonderbundkrieg Geschichte ist und die Konfessionen ertragen sich auch wieder. Deshalb soll die Frage erlaubt sein, ob der Betttag weiterhin ein hoher Feiertag bleiben soll, oder neu als normaler Feiertag begangen werden darf.

Vor einigen Jahren war ich in einem Lokal, da war ein Schild und darauf stand: wegen dem immer noch existierenden Betttag, müssen wir heute Abend das Lokal leider um 24.00 Uhr schliessen. Die mehrheitlich anwesenden Jugendlichen wirkten eher verstört und wussten gar nicht was der Betttag bedeuten soll. Aber sie mussten tatsächlich das Lokal verlassen – wegen den gesetzlichen Vorschriften.

Was die Arbeitnehmerrechte betrifft sind einzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ausstellungen, Umzügen, Sportveranstaltungen, Kinos, Konzerten usw. betroffen. Alle übrigen Aktivitäten, die auch an den normalen Feiertagen verboten sind, bleiben untersagt. Im Übrigen sind die Arbeitnehmerrechte auf Bundesebene geregelt. Dem Kanton bleibt es also untersagt, zB. im Ruhetagsgesetz Bestimmungen in diesem Bereich regeln zu wollen.

Im Jahr 2005 hat die Stimmbevölkerung schon einmal darüber abgestimmt, damals stimmten 70% gegen die Erneuerungen. Damals war die Frage lediglich, soll der Betttag zu einem normalen Feiertag herabgestuft werden oder nicht. Von einer Aufhebung des Tanzverbots war jedoch nicht die Rede. Man sprach damals von der Lex HESO. Heute geht es nicht mehr nur um die HESO, sondern um einige Anpassungen an die heutigen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung.

Ich bitte euch alle am 18. Mai zum Ruhetagsgesetz ein JA in die Urne zu legen.

Applaus

Franziska Roth erteilt Fränzi Burkhalter als **Gegnerin** des neuen Ruhetagsgesetzes für ihre Stellungnahme das Wort.

Fränzi Burkhalter-Rohner, GL-Mitglied, Fraktionspräsidentin, Biberist

Mit der Revision des Gesetzes über öffentliche Ruhetage sollen teilweise veraltete Regelungen, wie es Edwin ausgeführt hat, abgeschafft werden. Dies unterstütze ich auch. Wir stossen an die Grenzen unserer Möglichkeiten, denn wir können entweder die ganze Revision annehmen oder ablehnen. Und hier ist für mich die Frage des Betttages entscheidend.

Der Eidgenössische Dank-, Buss- und Betttag ist ein staatlich angeordneter hoher Feiertag. Seit 1832 wird der Betttag begangen.

In christlichen Kirchen und den israelitischen Kultusgemeinden wird dieser Tag im ursprünglichen Sinn gefeiert mit danken und beten. Die Schweiz hat eine christliche Tradition die unser Zusammenleben geprägt hat und immer noch prägt. Dies bekennen wir mit dem Kreuz auf der Fahne, aber auch in der Präambel zur Bundesverfassung.

Der Betttag hat aber nicht nur einen religiösen Hintergrund, sondern er ist auch staatspolitisch begründet. Es soll daran erinnert werden, dass das friedliche Zusammenleben im Staat und innerhalb der Staaten keine Selbstverständlichkeit ist, sondern wesentlich auf den gegenseitigen Respekt vor dem politisch

und konfessionell anders Denkenden angewiesen ist.

Werte wie Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit sind unbestrittene Grundwerte. Der Betttag bietet uns allen die Gelegenheit, dass wir uns mit diesen Grundwerten auseinander setzen. Auch als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und als Partei sind wir immer wieder gefordert diese Werte gegeneinander abzuwägen und zu sagen, was uns wichtiger ist, so auch in den anderen Abstimmungen vom 18. Mai.

Darum macht die Auseinandersetzung, die durch den Dank-, Buss- und Betttag angeregt werden soll auch Sinn. So wie es der Bundesrat macht oder letztes Jahr mit dem Betttagsaufruf durch 136 Parlamentarierinnen und Parlamentarier des NR und SR.



Es steht uns durchaus gut an, in dieser hektischen Zeit, in dieser hektischen Welt, während eines Tages pro Jahr innezuhalten und uns dankbar zu besinnen dass wir in der Freiheit leben, für den Frieden in der Schweiz und in Europa, für Stabilität und Wohlstand in unserem Land, trotz zunehmender Anspannung.

Die Unterschriftensammlung für das Referendum hat klar aufgezeigt: für sehr viele Solothurnerinnen und Solothurner ist der Betttag ein wichtiger, hoher Feiertag, den sie nicht herabstufen wollen. Dies bestätigt das Abstimmungsergebnis von 2005, als 70% der Stimmenden Nein zur sogenannten Lex HESO sagten. Im Februar 2014 haben in nur 14 Tagen, trotz Sportferien und Fasnacht, über 4500 StimmbürgerInnen das Referendum unterschrieben; dies ist absolut rekordverdächtig. Die vielen Gespräche anlässlich der Unterschriftensammlung haben bestätigt, dass der Bevölkerung die christlichen Grundwerte der Schweiz wichtig sind und sie diese auf keinen Fall abbauen wollen. Nutzen wir die Sonntagsallianz! Ein weiterer Schritt zur Liberalisierung und Kommerzialisierung unserer Gesellschaft soll verhindert werden. Auch zum Schutz der Arbeitnehmenden.

Deshalb sage ich am 18. Mai 2014: NEIN zur Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage!

Applaus.

Antrag der Geschäftsleitung: Stimmfreigabe

Diskussion:

Georg Hasenfratz: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch beliebt machen, dass wir uns für eine klare Parole entscheiden und Nein zu diesem Gesetz sagen. Wir können aus sozialen und gewerkschaftlichen Gründen mit gutem Gewissen Nein zur Herabstufung des Betttags sagen, denn dies geht in die falsche Richtung. Ich erinnere an die Abstimmung zu den Tankstellenshops. Damals hat man auch gesagt, es ändere eigentlich nichts, nur dass man nachts Bratwürste verkaufen kann. Wenn wir aber weiterhin solche Abstimmungen verlieren, kommen immer mehr solche Deregulierungsschritte, deshalb braucht es von unserer Seite Gegensteuer. Wir brauchen gar keinen 24h Betrieb, immer Party und im Übrigen darf auch die HESO einen Tag Pause machen. Einen Moment der Ruhe und der Besinnung schadet nicht, deshalb bitte ich euch Nein zu stimmen und dass die SP dazu eine Parole fasst. In diesem Sinn stelle ich **Antrag für die Nein-Parole.**

Luisa Jakob: ich stelle den **Antrag**, dass nur eine **Parole** gefasst wird wenn dafür das **2/3 – Quorum erreicht wird**, egal ob Ja oder Nein. Sollte dieses nicht erreicht werden, gilt die Stimmfreigabe. Des Weiteren bin ich ganz klar für ein Ja. Es geht nämlich nicht darum den Betttag abzuschaffen, sondern lediglich darum, das Tanzverbot aufzuheben.

Benno Straumann: stellt **Antrag für die Ja-Parole**

Beschluss:
Antrag Luisa Jakob: grossmehrheitlich abgelehnt

Franziska Roth: damit kommt es zu einer Gegenüberstellung der Anträge Hasenfratz und Straumann

Beschluss: Der Antrag Hasenfratz obsiegt mit 40 zu 37 Stimmen gegenüber dem Antrag Straumann.

Franziska Roth: nach dieser Entscheidung kommt es zur Gegenüberstellung der Anträge Geschäftsleitung (Stimmfreigabe) und Hasenfratz (Nein-Parole)

Beschluss: Der Antrag der Geschäftsleitung auf Stimmfreigabe obsiegt mit 51 zu 26 Stimmen

Applaus

Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung

Franziska Roth erteilt Fabian Müller als Befürworter des neuen Verfassungsartikels das Wort.

Fabian Müller, Kantonsrat, Balsthal

Liebe Sozialdemokratinnen, liebe Sozialdemokraten, am 18. Mai stimmen wir über eine Verfassungsänderung ab, die den Energieartikel in der Solothurner Verfassung erneuern will. Ich weiss nicht ob allen hier Anwesenden bewusst ist, dass die SP Urheberin dieser Abstimmung ist. Im SP-internen Fachausschuss „Energie“ haben wir diesen Vorstoss erarbeitet, Philipp Hadorn (damals noch Kantonsrat, heute Nationalrat) hat diesen im Parlament eingereicht und die Mehrheit dessen das Begehren gutgeheissen.

Die wichtigsten Grundsätze gehören in die Verfassung. Sie ist der Ausdruck von unseren Überzeugungen und soll dem Gesetzgeber als Anleitung seiner Arbeit dienen. Die vorgeschlagene Anpassung vom Energieartikel ist als solides Fundament wichtig für unser energiepolitisches Handeln und dient zudem als Grundlage künftiger Generationen.

Der Artikel 117 wurde vor fast 30 Jahren formuliert. Dieser ist minimal und nennt lediglich die sparsame Verwendung von Energie für Massnahmen von Gemeinden und Kanton. In der heutigen Zeit ist dieser Verfassungsartikel zu wenig. Dazumal waren Energieeffizienz und erneuerbare Energien noch keine brennende Themen. Nun soll dieser Artikel moderat angepasst und ergänzt werden: „Kanton und Gemeinden fördern den sparsamen Energieverbrauch,

die effiziente Energienutzung, die Nutzung von erneuerbaren Energien sowie die dezentrale Energieversorgung.“

Der günstigste Strom ist jener der nicht gebraucht wird. Das Potenzial einer Kombination effizienter Energienutzung und sparsamem Energieverbrauch ist sehr hoch. Hier zwei Beispiele:

1. Die Mindeststandards in der Energieverordnung bestimmen, wie viel Strom verschiedene Produkte von der Lampe, zum Kühlschrank bis zur Wärmepumpe maximal verbrauchen dürfen. Mit einer konsequenten Stromsparpolitik, die sich an der besten Technik orientiert, lassen sich bei Geräten jährlich bis zu 5 Terrawattstunden sparen. Im Vergleich, das AKW Mühleberg produziert pro Jahr ca. 2.9 Terrawattstunden.

2. In der Schweiz sind aktuell ca. 250'000 Elektroheizungen in Betrieb, im Kanton Solothurn ca. 7000 Stück. Der Stromverbrauch dieser Heizungen ist ungefähr gleichzusetzen mit der Produktion vom Kernkraftwerk Mühleberg. Den Ersatz mit effizienteren Heizsystemen, wie z.B. Wärmepumpen, würde zu beträchtlichen Stromeinsparungen führen. Nur schon diese zwei Beispiele verdeutlichen eindrücklich, weshalb die Anpassung der Verfassung notwendig ist.

Ebenfalls im Text erwähnt ist die erneuerbare Energie. Diese sorgen dafür, dass unsere Energieversorgung in der Schweiz sicher und bezahlbar ist und bleibt. Je mehr



erneuerbare Energien in der Schweiz hergestellt werden, desto weniger Energielieferungen brauchen wir aus dem Ausland. Es macht durchaus Sinn, wenn wir in Zukunft nicht davon abhängig sind, ob wir Erdgas aus Russland oder Öl aus dem nahen Osten importieren. Für die Erdgasversorgung ist die Schweiz zu 100% auf Importe angewiesen. 21% dieser Importe stammen aus Russland. Je nach geopolitischer Lage kann die Abhängigkeit zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen führen.

Das langfristige Ziel muss sein, den Strom in der Schweiz zukünftig mit Wind, Wasser, Sonne und Geothermie selber zu produzieren. Somit müssen wir unsere Energieversorgung nicht länger wenigen teuren Grosskraftwerken anvertrauen, die mit nuklearen und fossilen Brennstoffen betrieben werden.

Das Unfallrisiko eines Atomkraftwerks hat uns die Katastrophe von Fukushima schonungslos aufgezeigt. Es muss uns allen immer wieder bewusst werden, mit welchem Risiko wir mit in Betrieb stehenden AKW's leben. Diese Risiken müssen so rasch wie möglich eliminiert werden. Dazu braucht es aber einen raschen Ausbau von erneuerbaren Energien.

Kleinere Anlagen erzeugen saubere, günstige und sichere Energie – sowie Verdienst vor Ort. Während die alten Energieressourcen wie Gas, Erdöl und Uran immer teurer werden, weil nur beschränkt verfügbar und mit grosse Risiken behaftet, entwickeln sich die Kosten der neuen Energieträger Jahr für Jahr nach unten. Langfristig wird damit unsere Energieversorgung sicher, unabhängiger, umweltfreundlicher und zudem werden dadurch tausende Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wir können uns vollständig mit Strom aus einheimischen und erneuerbaren Quellen versorgen – wenn wir wollen! Auch wir im Kanton Solothurn müssen diesen Weg hin zu einer sicheren, erneuerbaren Energieversorgung konsequent gehen. Die Annahme von diesem neuen Verfassungsartikel ist ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Applaus

Antrag der Geschäftsleitung: JA-Parole

Diskussion: kein Wortbegehren

Beschluss: Die Delegierten stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung einstimmig zu und beschliessen die JA-Parole
--

Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Franziska Roth erteilt Mathias Stricker als Befürworter des Hooligan-Konkordats das Wort.

Mathias Stricker, GL-Mitglied, Kantonsrat, Bettlach

Geschätzte Sportinteressierte, liebe Genossinnen und Genossen, Stichwort Fussball-Cupfinal FC Basel-FC Zürich vor drei Tagen: Laut Hans-Jörg Käser dem Kantonalen Berner Polizeidirektor habe sich das Konkordat bewährt, weil es den Behörden griffigere Instrumente zur Verfügung stelle, z.B. konnten Auflagen zu den Fanmärschen gemacht werden. Resultat: Ein gewalttätiges Aufeinandertreffen der Fangruppen in der Innenstadt konnte verhindert werden. Trotzdem sind wiederum massive Schäden durch uneinsichtige Chaoten entstanden. Dass die vielgepriesene Selbstverantwortung und die Eigenkontrolle gewisser Fans nicht wirklich funktionieren, hat wiederum auch dieser Cup-Final gezeigt. So viel zur Aktualität.

Von zunehmender Gewalt bei gewissen Sportanlässen hat das Volk genug! In verschiedensten Kantonen hat das Stimmvolk der Änderung des Konkordates klar zugestimmt (ZH 85%) In keiner kantonalen Abstimmung gewannen bis jetzt die Gegner. In 17 Kantonen findet die Änderung Zustimmung. Ausnahme: in den beiden Basel ist das Parlament gar nicht auf die Änderung des Konkordats eingetreten, das Volk konnte dort also nicht darüber befinden.

Im Solothurner Kantonsrat wurde der vorliegenden Änderung des Konkordates „Massnahmen gegen Gewalt an Sportanlässen“ mit 79 zu 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen grossmehrheitlich zugestimmt. Eine Gruppe aus Jungfreisinnigen und dem EHC Olten Nahestehenden hat das fakultative Referendum ergriffen und die erforderlichen Stimmen knapp und auf den letzten Termin zusammengebracht.

Als Antwort auf die zunehmende Bereitschaft, anlässlich von Sportveranstaltungen Gewalt auszuüben, wurde am 2007 – im Vorgang der EURO 08 – das Konkordat beschlossen. Der Kanton SO ist mit einem Kantonsratsbeschluss 2008 beigetreten. Das Konkordat, übrigens sind dem alle Kantone beigetreten, ist im Kt. SO seit 1.1.2010 in Kraft. Zweck dieses Konkordates ist, dass die Kantone in Zusammenarbeit mit dem Bund zur Verhinderung gewalttätigen Verhaltens vorbeugende polizeiliche Massnahmen treffen. Die präventive Wirkung ist unbestritten, trotzdem müssen immer mehr Polizeikräfte für kritische Spiele aufgeboten werden, weil inmitten friedlicher Fans gewaltbereite Chaoten Sportanlässe missbrauchen. Neben Sachschäden stellt die Durchführung gewisser Sportveranstaltungen für die Polizei eine zusätzliche und anspruchsvolle Aufgabe dar. Beträchtliche Sachschäden und personelle Ressourcen gehen ins Geld! Aufgrund der bisherigen Erfahrungen müssen jetzt darum dringend Anpassungen und Ergänzungen am Konkordat vorgenommen werden. Die vorgeschlagenen Massnahmen tragen zur Erhöhung der objektiven Sicherheit bei, indem sie neben der Vermeidung von Sachschäden insbesondere dem Schutz der Zuschauer dienen. Das verschärfte Konkordat zielt in erster Linie auf Kantone, in welchen Fussball- und Eishockeymannschaften in den obersten Ligen spielen. Spiele der höchsten Klasse werden bewilligungspflichtig. Das heisst der Kanton Solothurn ist davon im Moment und bis auf Weiteres von dieser Massnahme nicht betroffen. Im Einzelfall können auch Spiele der unteren Ligen bewilligungspflichtig erklärt werden. Da ist sinnvoll – man denke

z.B. an ein Cupspiel FC Olten gegen FC Basel. So werden die Vereine (ich bin übrigens auch Mitglied eines solchen Vereines) sensibilisiert und auch unterstützt und das Abwandern gewaltbereiter Fans aus anderen Kantonen zu Spielen unterer Ligen kann wirksam verhindert werden. Bewilligungen können mit Auflagen verbunden werden: Möglich sind Einschränkungen beim Alkoholverkauf, Regeln für kontrollierten Verkauf von Eintrittskarten und für die An- und Rückreise der Fans sowie bauliche und technische Massnahmen. Zur verbesserten Durchsetzung von verfügbaren Stadionverboten kann die Bewilligungsbehörde ausserdem anordnen, dass sich Besucherinnen und Besucher beim Zutritt zu Sportstätten auszuweisen haben. Weiter können Rayonverbote von bis zu drei Jahren ausgesprochen werden. Ausserdem können solche Verbote neu Rayons in der ganzen Schweiz umfassen. Bei schwerer Sachbeschädigung oder bei Wiederholungstätern können Meldeauflagen neu ohne vorgängige Missachtung des Rayonverbots angeordnet werden. Bei Verdacht können Personen im Rahmen der Zutrittskontrollen oder beim Besteigen von Fantransporten am ganzen Körper nach verbotenen, gefährlichen Gegenständen durchsucht werden. Neu gelten Tötlichkeiten und Hinderung einer Amtshandlung als gewalttätiges Verhalten. All diese Massnahmen verbessern die Sicherheit aller Matchbesucher.



Einer Minderheit aus der SP-Kantonsratsfraktion und der Geschäftsleitung gehen die Verschärfungen zu weit, sie finden diese unverhältnismässig, weil sie mit den Grundrechten unvereinbar seien. Sie sprechen von Generalverdacht und Kollektivbestrafung. Anstatt Verursacher von Gewalt konsequent zu bestrafen, würden friedliche Matchbesucher durch Massnahmen wie ID-Kontrollen bevormundet.

Als Familienvater erwarte ich, dass ich einen Match in einer gewaltfreien Umgebung besuchen kann. Da habe ich auch kein Problem, meinen Ausweis

zeigen zu müssen oder mich durchsuchen zu lassen. Denn wenn es der Sache dient, ist dies für mich keine Einschränkung in meine Freiheitsrechte. Z.B. sind Durchsuchungen unter den Kleidern lediglich bei einem konkreten Verdacht zulässig. Ich attestiere der Polizei gesunden Menschenverstand und ein geschultes Auge bezüglich des „konkreten“ Verdachts. Bei einer moderaten Umsetzung greift das nicht in die Grundrechte ein. So trifft's die friedlichen Fans wohl kaum. Umgekehrt frage ich mich schon länger, ob die gewaltbereiten Zuschauer nicht schon längst dafür sorgen, dass das Recht, einen Match friedlich und ohne Angst besuchen zu können, verletzt wird. Die meisten organisierten Fans wissen sich zu benehmen. Damit sich „schwarze Schafe“ nicht einnisten und auf Kosten der Allgemeinheit austoben können, braucht es die angepassten Massnahmen des Konkordates. Es kann nicht sein, dass einige wenige solch immense Schäden und Kosten verursachen. Wer ganz „normal“ einen Match besucht und sich entsprechend verhält, muss keine Einschränkungen befürchten und wird nicht tangiert. Länder wie England oder Holland, welche früher gravierende Probleme mit gewaltbereiten Fans hatten, haben diesbezüglich ihre Hausaufgaben schon längst gemacht und dadurch wesentliche Verbesserungen erzielt, sprich die Gewalt stark reduziert. Die vorliegenden Änderungen stärken die Arbeit der Polizei und damit die Sicherheit. Die Massnahmen können aber nur greifen, wenn alle Kantone beim Konkordat mitmachen, sonst droht das Abwandern gewaltbereiter Gruppierungen in andere Kantone. Es braucht also auch die Solidarität des Kantons Solothurn. Wer den Sport und seine friedfertigen Fans unterstützt, sagt JA zu dieser Vorlage. Das beantragt euch auch die Geschäftsleitung. Die vorliegende Änderung des Konkordates ist aus meiner Sicht richtig, nötig und tauglich. Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Applaus

Diskussion:

Marc André Stalder: bei diesem Konkordat vergisst man, dass es nicht nur die bösen und die friedlichen Fans gibt. Dazwischen gibt es viele Abstufungen. Ich habe als Zuschauer Erfahrung von über 450 Spielen. Nicht jeder der sich verummmt, ist ein Hooligan, sondern vielleicht nur ein Pyrozünder. Dies tönt jetzt paradox, aber in dieser Szene muss man auch nicht alles verstehen. Fakt ist, dass es in Basel seit 3 Jahren keine Probleme gegeben hat, dies obwohl oder vielleicht auch gerade deswegen, die Kantone beider Basel das Konkordat abgelehnt haben. Man wählte erfolgreich den Dialog anstatt die Repression. Ich möchte richtig verstanden werden, ich verurteile jede Ausschreitung, aber ein Konkordat, welches jede Prävention verhindert und jeden Matchbesucher zwingt sich den zum Teil widrigsten Kontrollen hinzugeben, geht definitiv zu weit. Ich bitte euch das Konkordat abzulehnen.

Luisa Jakob: ich möchte vorweg nehmen, ich finde Fussball eigentlich langweilig. Mir geht es um etwas anderes, um etwas Grundsätzlicheres – nämlich um die Beschneidung der Grundrechte die wir mit diesem Konkordat vollziehen. Es ist nämlich so, dass für eine Kontrolle drei Verdachtsfälle genügen –

die Unschuldsvermutung bleibt damit auf der Strecke. Weiter ist die Hooligan-datenbank verfassungswidrig, denn eine solche darf nur angelegt werden, wenn die Sicherheit des Bundes gefährdet ist. Die SP Bern hat im Übrigen ganz anders entschieden. Mir geht es also nicht um die Fans, sondern um die Grundrechte aller, dies ist ein ursozialdemokratisches Anliegen.

Urs Huber: liebe Genossinnen und Genossen, ich habe ein gewisses Verständnis für diese ablehnenden Voten, aber andererseits habe ich das Gefühl, dass wir unter falscher Solidarität leiden. Ich habe in meinem Leben an sehr vielen Demonstrationen teilgenommen und mich haben die Diskussionen rund um die AKW's politisiert. Damals verlief alles viel friedlicher als gewisse heutige Sportveranstaltungen. Irgendeinmal ging man jedoch nicht mehr an die Demonstrationen. Dies weil es immer mehr Deppen gab, die für den Krawall kamen. Dies hat mich dermassen genervt, denn ich habe gegen die AKW's demonstriert und wollte keine Krawallmacher unterstützen. Das gleiche präsentiert sich medial seit 15 Jahren am 1. Mai. Die Zeitungen sind voll von Krawallmachern, aber von politischen Inhalten liest man nichts. Da hört bei mir die Solidarität mit diesen Leuten auf. Genau so habe ich es auch mit den Krawallmachern bei Sportveranstaltungen. Warum soll ich mich als Fan mit infantilen Fussballidioten solidarisieren? Da gibt es für mich auch keine Abstufungen, irgendwo hört es einfach auf. Jetzt noch zu den Grundrechten, wenn das Grundrecht bedeutet, dass ich mit einem T-Shirt eines Teams tun und lassen kann was ich will, dann geht es nicht um Grundrechte, sondern um Sonderrechte. Ich bitte euch stimmt dem Konkordat zu. Applaus.

Matthias Enggist: das Ziel der Vorlage ist mit Sicherheit unbestritten, wir wollen alle keine Gewalt. Die Frage dreht sich darum, wie soll die Gewalt verhindert werden. Entweder über den Dialog oder durch mehr Repression. Viele Repressionsarbeiten werden durch private Sicherheitsdienste ausgeführt. Dies ist sehr problematisch, denn diese verfügen nicht über einen polizeiliche Ausbildungsstandart. Wider die Grundrechte, können mit dem neuen Konkordat sogenannte Schnellrichter mit lediglich einer Aussage Strafen ausgesprochen werden. Auf diese Art wurden auch schon Personen zu Unrecht verurteilt. Das darf einfach nicht sein. Nach meiner Meinung ist dieses Konkordat der falsche Weg und bitte euch dieses abzulehnen.

Edwin Loncar: ich habe lange Zeit die Meinung vertreten, man müsse diesem Konkordat zustimmen. Nun habe ich mich eines Besseren belehren lassen. Die Titel der Vorlagen sind in der Regel gut, aber die Inhalte nicht. Wer will schon dass Pädophile Menschen mit Kindern zusammenarbeiten dürfen, niemand. Und wer will schon dass es Hooligan gibt, auch fast niemand. Aber das Konkordat führt tatsächlich zu abstrusen Situationen. Aus diesem Grund stimme ich Nein.

Heins von Arb: ich war viele Jahre als Trainer aktiv und habe viele Matches besucht. Früher waren gerade die Cupfinals Volksfeste mit friedfertigen Menschen. Heute bin ich vom Spitzenfussball keinen Fan mehr, nicht nur der Fans wegen, auch der Spieler wegen. Für Spieler und Fans ins es ein Dauerauftrag

die Gegenseite zu provozieren, dies hat mit Sport nicht mehr viel zu tun. Ich verstehe auch die Argumente der Gegner, aber ich gehe nicht mehr an diese Matches, denn die Gewaltbereitschaft und diese Saufangelegenheiten haben diesen Spitzensport schlecht gemacht. Ich unterstütze das Konkordat uns stimme ja. Applaus.

Antrag der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss: Die Delegierten stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung grossmehrheitlich zu beschliessen die JA-Parole.

12. Informationen zu den nationalen Vorlagen

- ▶ BG: Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen Luisa Jakob, GR
- ▶ VI: „Für den Schutz fairer Löhne“ Philipp Hadorn, NR
- ▶ VI: „Berufsverbot für Pädophile“ Roberto Zanetti, SR
- ▶ BB: „medizinische Grundversorgung“ Bea Heim, NR

Luisa Jakob, Co Präsidentin SP Olten und Gemeinderätin

Liebe Genossinnen und Genossen, im Herbst 2013 hat das nationale Parlament mit dem Gripenfondsgesetz die Grundlagen geschaffen für den Kauf von 22 neuen Kampfflugzeugen. Daraufhin hat ein Bündnis dagegen das Re-



ferendum ergriffen und inert kurzer Zeit weit über 50'000 Unterschriften gesammelt. Deshalb kommt es am 18. Mai 2014 zur Volksabstimmung. Wie viel kostet denn diese Beschaffung? Es ist sehr teuer, teurer als der damalige Kauf der FA18. Insgesamt kosten die 22 neuen Jets 22 Milliarden Franken. Die ent-

spricht Fr. 2'500 pro Haushalt. Wir alle in diesem Saal sind uns wohl einig, dass man dieses Geld mit Sicherheit besser investieren könnte. Die ganzen Kosten verteilen sich nicht nur auf den Kauf, sondern der Jet muss laufend nachgerüstet werden, braucht Unterhalt und muss geflogen werden. Die von den Befürworter genannten Kosten von 3 Milliarden Franken beinhalten lediglich die Beschaffungskosten. Zudem ist der Gripen ein Papierflieger. Duzende Komponenten (40%) sind noch nicht entwickelt und demnach auch nicht erprobt. Es ist unklar was passiert wenn Saab den Flieger gar nicht liefern kann, oder Bankrott geht. Im Übrigen handelt es sich beim Gripen, im Gegensatz zum FA18 um ein schwaches Flugzeug. So viel Geld für so viele Unsicherheiten, dies parallel zu allen Sparprogrammen bei Bund, Kanton und Gemeinden, geht doch einfach nicht. Vielleicht habt ihr auch schon vom Gripen-Gate gehört, der schwedische Staat hat versucht mit verdeckter PR-Kampagne auf den Volksentscheid Einfluss zu nehmen, dies offenbar in Absprache oder mit den entsprechenden Kenntnissen von Bundesrat Ueli Maurer und weiteren Akteuren. Aus all diesen Gründen bitte ich euch alle den Papierflieger am 18. Mai bachab zu schicken und das Gripenfondsgesetz ablehnen. Herzlichen Dank.

Applaus

Philipp Hadorn, Nationalrat, Gerlafingen

Geschätzte Genossinnen und Genossen, ich durfte in letzter Zeit einige Male über den Mindestlohn referieren, auch immer nach einem Referat zum Gripen. Heute handelt es jedoch für mich um ein Heimspiel, stand ich doch bei meinen Referaten beim Publikum meist auf verlorenem Posten. Die vorliegende Initiative für einen gerechten Mindestlohn haben die Gewerkschaften und die SP gemeinsam lanciert und engagieren sich stark. Wir sind eines der reichsten Länder der Schweiz. Im Durchschnitt besitzt jede Person über 500'000 Franken Vermögen. Gleichzeitig: 330'000 Menschen verdienen in der Schweiz weniger als 22 Fr./Stunde (4000 Fr./Monat bei einer Vollzeitstelle). Das sind 9 Prozent aller Arbeitnehmenden. Wenn man genauer hinschaut sind davon 70% Frauen, 77% sind 25 Jahre alt und älter und 33% davon haben ein Lehre gemacht.

- Flugbereiterin: 3'600.-
- Detailhandelsangestellte: 3'450.-
- Gartenbauer: 3'800.-
- Zeitungsverträgerin: 3'600.-
- Raumpflegerin: 3'550.-
- Mitarbeiter Bergbahn: 3'480.-

Ein Ja ermöglicht faire Löhne von denen man leben kann. Deshalb gehören Tieflöhne abgeschafft, weil es unwürdig ist, vom Lohn einer Vollzeitstelle nicht anständig leben zu können und weil sich Arbeit lohnen muss. Ein monatliches Mindesteinkommen ist deshalb absolut notwendig, alles andere ist unwürdig. Fast jede/r sechste VerkäuferIn verdient weniger als 22 Franken – obwohl die meisten von ihnen eine Lehre haben. Die Besitzer der betroffenen Geschäfte

sind oft Milliardenäure und könnten problemlos bessere Löhne bezahlen. Was will den die Initiative konkret?

- Förderung von Gesamtarbeitsverträgen

Der Bund muss den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen fördern.

Das bedeutet:

Schutz der Löhne aller Arbeitnehmenden.

Förderung der Sozialpartnerschaft.

Der Bund führt einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde bzw. 4000 Franken pro Monat (x12) ein.

Das bedeutet:

- Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können.
- Es darf in der Schweiz kein Lohndumping geben.

Weitere Bestimmungen

- Mindestlohn von 22 Fr./h gerechnet auf das Jahr 2011. Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung (mindestens gemäss AHV-Mischindex).
- Ausnahmeregelungen für besondere Arbeitsverhältnisse (z.B. Lehrlinge oder geschützte Arbeitsplätze).
- Kantonal höhere Mindestlöhne sind möglich.

Während der ganzen Debatte habe ich im Bundeshaus noch nie so viele Voten zu Gunsten der Sozialpartnerschaft gehört. Unternehmer haben mir gesagt, dank den GAV's und den guten Sozialpartnerschaften braucht es keine Mindestlöhne. Hat man diese Unternehmer und ihre Betriebe etwas genauer unter die Lupe genommen, stellte sich heraus, dass gerade diese keinen GAV's unterstehen... Die Realität ist, dass man mit GAV's und Mindestlöhnen in der Schweiz seit rund 150 Jahren gute Erfahrungen gemacht hat, wie z.B. bei der Post, in der Uhrenindustrie oder im Baugewerbe. Selbst die Elektro und Maschinenindustrie hat neu Mindestlöhne eingeführt. Die Realität zeigt, und dies beweisen Studien, dass bei höherem Lohn Tieflohnbeschäftigte weniger arbeiten müssen (z.B. Aufgabe von Nebenjobs)



Weitere positive Effekte:

- Verhinderung von Lohndumping
- Zurückführung von ausgelagerten Tätigkeiten (Reinigung, Verpflegung u.a.) zu besseren Löhnen
- Mehr Kaufkraft = Mehr Konsum = Mehr Arbeit
- Höhere Mindestlöhne = etwas tiefere Renditen der Unternehmen

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich die höchsten Löhne und ein Land mit hohen Löhnen braucht auch einen hohen Mindestlohn. Die Realität zeigt ebenfalls, dass die Sozialpartnerschaft eben nicht reicht.

- Die Gewerkschaften handeln wo immer möglich GAV mit guten Mindestlöhnen aus.
- Aber: Viele Arbeitgeber sind gegen GAV und verweigern faire Mindestlöhne
- Darum haben weniger als 50% der Beschäftigten einen GAV. Und darum braucht es die Mindestlohn-Initiative.

Positive Nebeneffekte eines Mindestlohns sind:

- **Mehr AHV-Einnahmen für alle!**
Durch die Aufstockung der Löhne auf 4000 Franken fliesst mehr Geld in die AHV.
- **Weniger Sozialkosten für alle!**
Durch anständige Löhne können sich viele Menschen aus der Sozialhilfe befreien. Dies reduziert die Kosten für alle.
- **Mehr Arbeitsplätze für alle!**
Menschen mit tiefen Löhnen können sich z.B. einen Coiffeur-Besuch oder Ferien leisten. Dies schafft Arbeitsplätze.
- Ermöglicht faire Löhne von denen man leben kann.
- Schützt die Schweizer Löhne vor der Profitmacherei einiger weniger.
- Schützt faire Unternehmer vor der Billigkonkurrenz.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und an der Urne mit einem starken JA am 18. Mai für etwas mehr Gerechtigkeit und für Mindestlöhne.

Applaus

Roberto Zanetti, Ständerat, Gerlafingen

Liebe Genossinnen und Genossen. Die Initiative die ich euch heute vorstelle heisst, „Pädophile sollen nicht mehr Kindern arbeiten dürfen“. Wenn wir lediglich über Titeln von Initiative abstimmen würden, müsste ich euch ein Ja empfehlen. Da wir jedoch nicht über Titeln, sondern über die Inhalte von Initiativen abstimmen, muss man genauer hinschauen: „Die Initiative verlangt, dass Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.“ Mit diesem Text könnte man noch leben oder allenfalls Stimmfreigabe beschliessen. Nun hat aber das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet, darauf komme ich später noch zurück. Was würde die Initiative bewirken: in diesem Saal sitzt eine gute Freun-

ein, ihr Mann ist ein Schulkollege und ebenfalls ein Freund. Hätte dieser Freund seine heutige Frau, die jünger ist als er, zwei Jahre früher kennengelernt, und die Bestimmungen der Initiative damals schon rechtskräftig, hätte dieser Freund all seine Tätigkeiten, die er in den vergangenen Jahren ausgeübt hat, gar nicht ausüben dürfen, denn seine heutige Frau wäre damals nämlich minderjährig gewesen und er somit ein „Pädophiler“. Was wäre gewesen wenn damals, aber mit den Bestimmungen der Initiative, zB. ein Drogendealer um die Schulhäuser gezogen wäre und Kinder damit in Kontakt brachten? Gegen



den Drogendealer hätte man nichts in der Hand gehabt und der Dealer könnte eine berufliche Laufbahn als Lehrer, Trainer usw. einschlagen. Aber auch der Nachbar, der infolge Jähzornigkeit Kinder schlägt, könnte ebenfalls ungehindert beruflich tun und lassen was er will. Oder ein verurteilter Menschenhändler, der minderjährige Frauen gezwungen hat in Bordellen zu arbeiten, könnte nach dem Verbüßen seiner Strafe ebenfalls einen Jugendchor leiten, Lehrer werden oder in einer Kinderkrippe arbeiten. Viele solche Fälle regelt die Initiative nicht, hingegen der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments eben sehr wohl. Er würde demnach nicht nur sexuelle Vergehen sanktionieren, sondern auch andere Verbrechen und Vergehen. Und, er regelt auch Kontakt- und Rayon Verbote generell. Der

indirekte Gegenvorschlag stünde unter dem fakultativen Referendum. Er soll im Falle einer Ablehnung der Initiative umgehend im Bundesbüchlein veröffentlicht werden und käme sehr rasch zur Anwendung – im Gegensatz zur Initiative. Also, wenn jemand die Bewegungsfreiheit von Kinderschänder, Men-

schenhändler, Drogendealern usw. nicht einschränken will und diese weiterhin ihr Unwesen treiben sollen, muss zur Initiative ja sagen. Wer hingegen dies alles verhindern will – und natürlich die Jugendliebe nicht unter Strafe stellen will, muss die Initiative ablehnen. Dann haben wir ein wirklich gutes Gesetz, welches nicht ein einziger Tatbestand einschliesst, sondern ganz viele andere auch, die in der Initiative „vergessen“ gegangen sind. Aus all diesen Gründen bitte ich euch am 18. Mai ein deutliches Nein zu dieser Initiative in die Urne zu legen.

Applaus.

Bea Heim, Nationalrätin, Starrkirch-Wil

Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf euch die Vorlage über die Hausarztmedizin vorstellen. Die Schweiz hat ein Problem und muss dringend etwas tun, denn die Zahl der Haus- und Kinderärzte geht zurück. Aus diesem Grund gingen im April vor 3 Jahren ganz viele Ärztinnen und Ärzte auf dem Bundesplatz demonstrieren und lancierten die Volksinitiative für eine bessere Hausarztmedizin. Es ging auch darum ihren Berufsstand aufzuwerten und die Politik aufzurütteln. Daraufhin liess Bundesrat Alain Berset umgehend den Massnahmenplan „Hausarztmedizin“ ausarbeiten und das Parlament verabschiedete in der Folge einen indirekten Gegenvorschlag für eine gute Grundversorgung mit genügend Haus- und Kinderärzten auf dem Land und in der Stadt. Dieser Gegenvorschlag hat die Kernforderungen der Initiative der Hausärzte aufgenommen, woraufhin diese zugunsten des indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen wurde und auch nicht mehr zur Abstimmung kommt. Im Parlament war diese Vorlage absolut unbestritten, aber ich bin trotzdem erstaunt, dass gemäss Umfragen immer



noch 24% der Bevölkerung gegen die Vorlage seien. Warum sind Haus- und Kinderärzte so wichtig? Sie sind für Patientinnen und Patienten in Gesundheitsfragen meistens die erste Anlaufstelle, sie haben einen Notfalldienst, machen wenn nötig Haus- und Pflegeheimbesuche und gewähren auch eine Langzeitpflege. Zudem arbeiten sie kosteneffizient. 70% aller Gesundheitsfragen und Problemen werden bei der ersten Anlaufstelle beantwortet und behoben – beim Haus- oder Kinderarzt. Dies entspricht jedoch lediglich 4% aller Gesundheitskosten. Die Zahl dieser Ärztinnen und Ärzte nimmt ab, sie werden immer älter und die Zahl der Studierenden für Haus- und Kindermedizin ist besorgniserregend klein und weiter abnehmend. Warum? Die Weiterbildung ist zu wenig ausgebaut, die Arbeitszeiten sind sehr lang und die Einkommenssituation ist auch nicht rosig. Natürlich verdienen diese mehr als Fr. 4'000.-, aber trotzdem zu wenig, damit der Berufsstand nicht ausstirbt. Was kann man dagegen tun? Die Grundversorgung muss als wesentliches Element in die Verfassung, die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten müssen ins Zentrum gestellt werden und damit auch ein flächendeckendes Angebot auf dem Land und in der Stadt. Dazu gehören aber auch die Pflegenden, die Spitex, die Apotheken, Therapeuten usw. Mit diesem Verfassungsartikel bekommt der Bund gemeinsam mit den Kantonen den Auftrag, für eine gute Grundversorgung zu sorgen. Dieser Gegenvorschlag bietet die Grundlage dafür und ich bitte euch diesem am 18. Mai zuzustimmen, herzlichen Dank.

Applaus.

Franziska Roth:

Die Kantonalpartei übernimmt traditionell bei nationalen Vorlagen die Parolen der SP Schweiz:

- ▶ BG: Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen NEIN
- ▶ VI: „Für den Schutz fairer Löhne“ JA
- ▶ VI: „Berufsverbot für Pädophile“ NEIN
- ▶ BB: „medizinische Grundversorgung“ JA

Alle Referentinnen und Referenten erhielten als Dank für ihre Bemühungen einen Flasche Wein. Franziska Roth erhielt von Parteivizepräsident zur erneuten Wahl zur Parteipräsidentin einen Blumenstraus.

12. Varia

Franziska Roth gratuliert Matthias Enggist ganz herzlich zu seiner Wahl zum neuen Präsident der Juso Kanton Solothurn (anstelle von Sebastian Walter). Applaus.

Keine weiteren Wortbegehren.

Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 12. Mai 2014